

Bieterhinweise

Gegenstand des Vertrages ist Lieferung, Montage, Inbetriebnahme und Service der Medientechnik für das Gebäude Börsenhof A der Bremischen Bürgerschaft.

I. Allgemeines

1. Auftraggeberin

Die Freie Hansestadt Bremen – Bremische Bürgerschaft – als Auftraggeberin führt das Vergabeverfahren durch.

2. Rahmenbedingungen der Ausschreibung

2.1. Der Auftrag umfasst die Komplettleistung.

2.2. Für die zu vergebende Leistung werden keine Lose gebildet.

2.3. Wenn im Folgenden von Bietern die Rede ist, sind Bietergemeinschaften ebenfalls gemeint, es sei denn, Unterschiede zwischen Bietern und Bietergemeinschaften werden ausdrücklich angesprochen.

2.4. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für jegliches Geschlecht. Soweit im Rahmen der Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen im Maskulinum erfolgen, wird diese Form der besseren Lesbarkeit halber verallgemeinernd und wertungsfrei verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter (Generisches Maskulinum). Darüber hinaus wird der vereinfachten Lesbarkeit halber bei Erklärungen des Bieters davon ausgegangen, dass in der Form einer Personenmehrheit („Wir bieten...“) auch Einzelunternehmer erfasst werden.

II. Verfahren

1. Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt im offenen Verfahren (§ 15 VgV).

2. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Anfragen

2.1. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass der Bieter gem. Ziffer 1 der Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen (Formblatt 632EU) die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen nach Erhalt zu prüfen hat. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2.2. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Gegenstand des Auftrags sind von Rügen deutlich zu trennen. Fragen und Hinweise sind auf elektronischem Wege mittels der Bieterkommunikation über das Vergabeportal <https://vergabe.bremen.de> an die Vergabestelle zu richten, spätestens bis zum **07.07.2026**. Sie sind in deutscher Sprache zu formulieren. Rechtzeitig gestellte Fragen werden bis spätestens 6 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet. Die Auftraggeberin behält sich vor, Fragen so umzuformulieren, dass die Identität des Fragenstellers nicht erkennbar wird. Die Unternehmer werden jedoch gebeten, bei der Formulierung der Fragen von vornherein zu berücksichtigen, dass diese zusammen mit den Antworten allen interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Die Bieter sind verpflichtet, diese Antworten bei der Erstellung, Kalkulation und Einreichung ihres Angebotes zu berücksichtigen.

2.3. Auf die gesetzliche Rügeobliegenheit des § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen.

3. Angebotsfrist/Termine

Die Angebote müssen elektronisch bis zum **28.07.2026 um 10:00 Uhr (Angebotsfrist)** über das Vergabeportal <https://vergabe.bremen.de> bei der Vergabestelle (Auftraggeberin) eingehen.

Angebote, die nach Ablauf der Angebotsfrist eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind.

Weiterhin sind nachfolgend aufgeführte Termine zu beachten:

Ende der Frist zur Übermittlung von Fragen zum Verfahren	07.07.2026
Ende der Angebotsfrist	28.07.2026, 10:00 Uhr
Vorinformation nach § 134 GWB bis voraussichtlich	07.08.2026
Ende der Bindefrist	23.09.2026
Vertragsbeginn	mit Zuschlagserteilung (voraussichtlich 17.08.2026)

4. Form und Bestandteile der Angebote

4.1. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

4.2. Für das Angebot sind die von der Auftraggeberin übersandten Vordrucke zu verwenden. Auf anderem Wege als elektronisch über das Vergabeportal übermittelte Angebote, insbesondere solche per Post oder E-Mail, sind nicht zulässig und werden ausgeschlossen. Zur elektronischen Angebotsabgabe wird auf den Leitfaden zu Einrichtung und Nutzung des „AI Bietercockpits“ (Dokument „Leitfaden_Bietercockpit 240131.pdf“) verwiesen.

5. Liste der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen

Das Angebot muss vollständig und gemäß den Vorgaben unterzeichnet sein sowie alle geforderten Nachweise, Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen enthalten. Dem Angebot müssen folgende Unterlagen/Erklärungen /Nachweise beigelegt sein:

- **633 Angebotsschreiben**
- Unterzeichneter/signierter **EVB – IT Systemlieferungsvertrag**
- Vollständig ausgefülltes und unterzeichnetes/signiertes **Leistungsverzeichnis (Anlage 1)** als pdf-Datei und wünschenswerterweise auch als GAEB-Datei
- Unterzeichnete/signierte „**Eigenerklärung zur Eignung**“ einschließlich der geforderten Nachweise
- **Eigenerklärung Sanktionen Russland**
- **233 Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen**; soweit zutreffend
- **234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft**; soweit zutreffend
- **235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen**; soweit zutreffend

6. Allgemeine Hinweise

6.1. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes und ggf. zur Erfüllung des Auftrages verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Auftraggeberin zulässig. Wird kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

6.2. Die Auftraggeberin kann Bieter auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 2-3 VgV).

6.3. Die Auftraggeberin hat für dieses Verfahren die zu liefernden Produkte vorgegeben und sich diesbezüglich, soweit erforderlich, von der Einhaltung der Standards im Sinne der ILO-Kernarbeitsnormen überzeugt. Den Vergabeunterlagen sind die Formblätter 249HB (Ergänzende Vertragsbedingungen 'Kernarbeitsnormen ILO') und 250HB (Eigenerklärung zu 249HB für ITK-Produkte -HB) beigelegt. In Bezug auf die durch die Auftraggeberin vorgegebenen Produkte müssen die in den Formblättern geforderten Nachweise durch den Bieter nicht erbracht werden. Das Formblatt 250HB muss nicht mit dem Angebot eingereicht werden. Die Formblätter 249HB und 250HB haben nur für den Fall Bedeutung, dass bei der Auftragsausführung unvorhergesehen weitere Produkte eingesetzt werden müssen.

6.4. Den Vergabeunterlagen sind mehrere Kalkulationshilfen beigelegt, u. a. Blockschaltbilder, Grundrisse und Ansichten der zu errichtenden Anlagen.

7. Unzulässigkeit von Änderungen

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss des Angebotes.

Die Beifügung, Darstellung oder der Hinweis auf eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen wird als Abänderung der Vergabeunterlagen gewertet und führt zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes, es sei denn, dass der Bieter gesondert erklärt, sie nicht zum Gegenstand seines Angebots zu machen.

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass beigelegte Unterlagen/Prospekte o. ä. keine dem Angebot widersprechenden Angaben enthalten dürfen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen und Streichungen müssen zweifelsfrei sein.

8. Eignung

Gemäß § 122 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) werden öffentliche Aufträge an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123 und 124 des GWB ausgeschlossen worden sind. Ein Unternehmen ist geeignet, wenn es die durch den öffentlichen Auftraggeber im Einzelnen zur ordnungsgemäßen Ausführung des öffentlichen Auftrags festgelegten Kriterien (Eignungskriterien) erfüllt.

Eignungskriterien:

- a) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung
- b) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
- c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mindestanforderungen)

Für die erforderliche Überprüfung der Eignung in Bezug auf Fachkunde und Leistungsfähigkeit ist es erforderlich, die **Anlage „Eigenerklärungen zur Eignung“** vollständig ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen.

9. Preisangaben

Die Angebotspreise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent, mit zwei Stellen nach dem Komma, netto (ohne Mehrwertsteuer), anzugeben.

10. Vergütung für die Bearbeitung der Angebote

Für die Erstellung des Angebotes wird keine Vergütung und keine Kostenerstattung gewährt.

11. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

12. Bietergemeinschaften

12.1 Bei einer Bietergemeinschaft schließen sich mehrere (natürliche oder juristische) Personen bzw. Unternehmen im Hinblick auf ein Vergabeverfahren zusammen, indem sie sich gemeinschaftlich zur Leistungserbringung verpflichten. Im Falle von Bietergemeinschaften ist bereits mit Angebotsabgabe die vollständig ausgefüllte Erklärung (Formblatt 234) einzureichen. Zusätzlich muss jedes Mitglied der Bietergemeinschaft eine Eigenerklärung zur Eignung (Anlage „Eigenerklärungen zur Eignung“) mit dem Angebot abgeben.

Die Auftragsgeberin weist darauf hin, dass die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften unzulässig ist und zum zwingenden Ausschluss eines von dieser Bietergemeinschaft abgegebenen Angebotes führt.

12.2. Bieter, die sich nicht nur als Einzelbieter mit einem eigenen Angebot, sondern zugleich auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft um den vorliegenden Auftrag bewerben wollen, müssen bereits mit Angebotsabgabe Folgendes nachvollziehbar darlegen und nachweisen. Erstens: Dass sie beide Angebote in Unkenntnis der wesentlichen Inhalte und der Kalkulationsgrundlagen des jeweils anderen Angebotes erstellt haben, sie die Angebote also völlig unabhängig voneinander formuliert haben. Zweitens: Dass die wesentlichen Inhalte und die Kalkulationsgrundlagen ihres als Einzelbieter abgegebenen eigenen Angebotes nicht den übrigen Mitgliedern der Bietergemeinschaft bekannt waren.

Führt der Bieter den vorstehend verlangten Nachweis nicht oder nicht ausreichend, wird vermutet, dass durch seine Mehrfachbeteiligung im Vergabeverfahren der Geheimwettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden beide Angebote ausgeschlossen – sowohl das eigene Angebot des Bieters als auch das Angebot der Bietergemeinschaft, deren Mitglied der Bieter ist.

13. Nachunternehmer, Eignungsleihe

Mit Abgabe des Angebots ist anzugeben, ob Nachunternehmer zur Leistungserbringung eingesetzt werden, oder ob der Bieter sich bei der Leistungserbringung der Kapazitäten Dritter bedient – sog. Eignungsleihe.

13.1 Nachunternehmer

Bei dem Einsatz von Nachunternehmern werden abgrenzbare Teile des Auftrags vom Auftragnehmer durch Unteraufträgen an einen oder mehrere Dritte (Nachunternehmer) vergeben. Der Bieter ist verpflichtet, bereits bei Angebotsabgabe den Nachunternehmer sowie die Teile der Leistung zu benennen, die er an Nachunternehmer zu vergeben beabsichtigt (Formblatt 233). Der Auftragnehmer stellt sicher, dass Nachunternehmer die Leistung gemäß den Vorgaben der Ausschreibung erbringt.

Jede nachträgliche Beauftragung eines Nachunternehmers bzw. anderen Unternehmens für Leistungen, die der Bieter als solches nicht bereits in seinem Angebot angegeben hat, bedarf einer schriftlichen Zustimmung der Auftragnehmerin.

13.2 Eignungsleihe

Im Fall der Eignungsleihe wird der Auftrag von dem Auftragnehmer ausgeführt, wobei ihm Dritte die für die Ausführung des Auftrages erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stellen (bspw. durch Geräte- oder Fachpersonalausleihe, Hilfeleistung durch Beratung und Unterstützung, etc.). Hier sind von dem Bieter bereits bei Angebotsabgabe die Unternehmen zu benennen, die ihm die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stellen (Formblatt 235). Die Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens (Formblatt 236) ist lediglich auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

14. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen in Bezug auf die Vergabe sind unzulässig und führen zum Angebotsausschluss. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

15. Öffnung der Angebote

Die Öffnung der Angebote findet nach Ablauf der Angebotsfrist unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Eine Teilnahme der Bieter bei der Öffnung der Angebote ist nicht zugelassen.

16. Mitteilung über nicht berücksichtigte Angebote und Aufhebung

Eine Information der Bieter bei Nichtberücksichtigung ihrer Angebote erfolgt nach Maßgabe von § 134 GWB.

Eine etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens (ganz oder teilweise) wird den Bietern mitgeteilt.

17. Zuschlagskriterien/Wertung

Der Zuschlag wird, sofern alle Mindestanforderungen erfüllt sind, auf das nach § 58 Abs. 1 VgV wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf Grundlage des Preises zu 100%. Bei identischem Preis, entscheidet das Los.

18. Zuständige Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen das Vergabeverfahren richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. GWB. Die Vergabekammer prüft ihre Zuständigkeit und die Zulässigkeit des Nachprüfungsverfahrens von Amts wegen. Für die Nachprüfung dieses Vergabeverfahrens ist zuständig:

Vergabekammer der Freien Hansestadt Bremen bei der Senatorin für Bau, Mobilität
und Stadtentwicklung
Contrescarpe 72
28195 Bremen
Deutschland (DE)

19. Mitteilung über vergebene Aufträge

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass die Auftraggeberin die einschlägigen Informationen beim Wettbewerbsregister abfordert und dass im Falle der Zuschlagserteilung unter den Voraussetzungen des § 39 VgV die Auftraggeberin dem Amt für Veröffentlichungen der EU Mitteilung über die Auftragsvergabe macht sowie die Anforderungen der VergStatVO umsetzt.

Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Auftraggeberin hierüber nach pflichtgemäßem Ermessen.